15.10.2003

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4413

Politische Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten in den Kommunen verbessern

Absatz IV. des ursprünglichen Antrages der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/4413) ist wie folgt zu ändern:

IV.

Der Landtag bittet die Landesregierung, das konstruktive Zusammenwirken von Rat und Ausländerbeirat durch Handlungsempfehlungen zu unterstützen. Andere Organisationsformen als die des Ausländerbeirates (§27GO) sind zu ermöglichen, wenn eine Gemeinde und ihr Ausländerbeirat es wollen. Dafür ist eine großzügige Handhabung der Experimentierklausel des § 126 GO ein geeignetes Instrument. Insbesondere das Modell eines kommunalen Ausländerausschusses, das von der LAGA in Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Dr. Oebbecke erarbeitet wurde, soll hier realisiert werden können. Die notwendige demokratische Legitimation durch das deutsche Volk ist bei diesem Vorschlag dadurch gegeben, dass die Migrantinnen und Migranten eine Liste wählen, aus der der Rat die Mitglieder des Ausländerausschusses bestimmt.

Datum des Originals: 15.10.2003/Ausgegeben: 15.10.2003

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

Dietmar Brockes
Dr. Ute Dreckmann
Horst Ellerbrock
Horst Engel
Angela Freimuth
Dr. Robert Orth
Dr. Gerhard Papke
Dr. Jana Pavlik
Christof Rasche
Dr. Stefan Romberg
Joachim Schultz-Tornau
Dr. Daniel Sodenkamp
Jan Söffing
Marianne Thomann-Stahl
Prof. Dr. Friedrich Wilke
Ralf Witzel
Dr. Ingo Wolf